

Forderungen für ein gerechtes München¹

Nachbarschaft und Stadtviertel

Ziel: Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen und barrierefreien Nachbarschaften in allen Stadtvierteln, das heißt:

- Aufbau einer kleinteiligen Infrastruktur sowie Entwicklung flächendeckender, funktionsgemischter Viertel
- Stadtweit: Quartiersbezogene, niedrighschwellige Hilfestrukturen und Netzwerke, die Platz für gemeinsame Aktionen bieten und Gemeinschaftserleben ermöglichen wie auch ein umfassendes, ganzheitliches Wohlbefinden aller Münchner:innen nachhaltig gewährleisten.

Dafür erforderlich: De-Zentralisierung von Mitteln und Kompetenzen

- Umfassende Ressourcen-Ausstattung der Viertel
- Bezirksausschüsse mit erweiterten Kompetenzen.

Öffentlicher Raum

Ziel: Öffentlicher Raum als – für alle Münchner:innen fußläufig erreichbarer – Ort der Naherholung, der Freizeit wie auch der sozialen Interaktion und gelebten Demokratie

Dafür erforderlich: Quantitative und qualitative Aufwertung des öffentlichen Raums durch referatsübergreifende Zusammenarbeit

- Neuverteilung von Flächen zugunsten der kommunalen Hand
- Proaktive Boden-, Immobilien-, sowie Verkehrspolitik zur Erschließung von Flächen
- Öffnung von halböffentlichen Räumen z.B. von Schulhöfen
- Prototypisches Vorgehen: Befristetes Ausprobieren von Maßnahmen zur Erhöhung der Akzeptanz der Neustrukturierung
- Reduzierung von Flächen für Verkehr und Parken
- Entsiegelung und Begrünung von Flächen
- Schaffung von kommerzfreien Räumen
- Planung: Flächendeckende, frühzeitige, niedrighschwellig-zugehende Öffentlichkeitsbeteiligung
- Gestaltbarkeit und Ownership für Anwohner:innen ermöglichen
- Städtische Förderung soziokulturellen Lebens im öffentlichen Raum, z.B. Open-Air
- Städtische Moderation zur Erarbeitung von Kompromissen und konsensfähigen Lösungen; Reduzierung von evtl. Nutzungskonflikten

Teilhabe für Menschen in allen Lebenslagen

Ziel: Alle müssen einen Arbeitsplatz mit angemessener Entlohnung und guten Arbeitsbedingungen erhalten. Frauen erhalten für gleichwertige Arbeit gleichwertigen Lohn. Menschen mit Einschränkungen erhalten individuelle Angebote. Berufliche Care-Arbeit wird angemessen entlohnt.

Dafür erforderlich: Einkommensarmut wird durch eine eigene Grundsicherung bekämpft.

Personen mit Einschränkungen erhalten Förderung in Betrieben.

Ausbau von Betreuungs- und Unterstützungsangeboten z.B. Kinder, Pflege, Inklusion.

- Ausreichend Kurzzeitpflegeplätze; sozial- und rentenversicherungspflichtige Leistungen für pflegende Angehörige sowie 2x jährlich eine Auszeit
- Umfassende Hilfeleistungen ohne Zuständigkeitsschranken durch arbeitsbezogene, soziale und gesundheitliche Leistungen
- Zusätzliche individuelle Förderung in Betrieben sowie Beschäftigungsmöglichkeiten am ersten Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose ohne Perspektive auf ungeforderte Beschäftigung; zudem Bereithaltung einer ausreichenden Zahl von öffentlich finanzierten Arbeitsplätzen, die den Lebenshaltungskosten in München angepasst sind
- Bekämpfung von Einkommensarmut durch auskömmlichen Mindestlohn und mit auskömmlicher Grundsicherung

¹ Vgl. Sozialpolitischer Diskurs München: Visionen für ein gerechtes München 2035

- Energiekostenausgleich für Haushalte mit geringem Einkommen
- Einführung eines 365-€-Tickets; kostenfreier ÖPNV für Personen mit niedrigem Einkommen
- Niedrigschwelliger Zugang zur Digitalisierung in lokalen Bildungs- und Sozialeinrichtungen.

Wohnen

Ziel: Breite Schichten der Bevölkerung sollen sich das Wohnen in München wieder leisten können, und die Vermittlung von Wohnungssuchenden ist erfolgreich.

Dafür erforderlich:

- Sofortiges und umfassendes Handeln zur Wohnraumversorgung inkl. entschiedener Bodenpolitik
- Preislimitiertes Vorkaufsrecht der Stadt durch Änderung des Bundesrecht möglich machen.
- Änderung der Bodenpolitik: Schluss mit Spekulationen; keine Vertreibung alteingesessener Bevölkerung durch Vernichtung von preiswertem Wohnraum
- Anpassung des Wohngelds an die tatsächlichen Mieten in München; gesetzlicher Mietstopp zur Begrenzung von Mietsteigerungen
- Massive Erhöhung des Anteils an Wohnungen in kommunaler und genossenschaftlicher Hand; Vermehrung sozial geförderter Wohnungen durch umfangreiche Neubaumaßnahmen
- Städtische Notquartiere dürfen nur noch als temporärer Wohnraum genutzt werden, vor allem für Kinder.

Bildung

Ziel: In München muss jeder junge Mensch einen Schulabschluss und eine Anschlussperspektive haben.

Dafür erforderlich:

- Junge Menschen als Ausgangspunkt der Konzeptualisierung von Bildungsprozessen; Kooperationen zwischen schulischen und außerschulischen Partner:innen erfolgen auf dieser Basis
- Umfassende Aufwertung der sozialraumorientierten, informellen Bildung
- Begleitende Maßnahmen: Kostenfreiheit bzw. Entlohnung für (Aus-)Bildung und Studium.

Zivilgesellschaft und Partizipation

Ziel: Bürgerschaftliches Engagement und umfassende Partizipation sind der Münchner Stadtpolitik wichtig und in der Stadtgesellschaft selbstverständlich.

Dafür erforderlich:

- Kinder- und Jugendbeteiligung ist Chefsache. Befähigung Aller, sich zu beteiligen
- Förderung der Partizipation, u.a. durch Einführung eines Kinder- und Jugendchecks für Beschlussvorlagen
- Verbindliche finanzielle Ressourcen und öffentliche Strukturen in den Stadtvierteln für eine nachhaltige und wirksame Beteiligung

München lebt Willkommenskultur

Ziel: Migrant:innen fühlen sich in der Stadtgesellschaft willkommen und können schnell Fuß fassen.

Dafür erforderlich:

- Vielfältige und zielgenaue Unterstützungsangebote wie: Verständliche Informationen in verschiedenen Sprachen; frühzeitige, ausreichende und differenzierte Deutschkurse
- Genügend Beratungsressourcen und Unterstützungsangebote, etwa bei der Anerkennung von Abschlüssen, bei notwendigen Nachqualifikationen auch während einer beruflichen Tätigkeit, beim Familiennachzug sowie bei der Suche nach einer Wohnung, einer Arbeitsstelle oder einer Kinderbetreuung
- Ausreichend finanzielle Mittel zur Umsetzung, die die Stadt selbst zur Verfügung stellt, wenn keine Refinanzierung möglich ist.

Kooperation zwischen Verwaltung und freien Trägern

Ziel: Unbürokratischer und niedrigschwelliger Zugang zu Leistungen und Diensten

Dafür erforderlich:

- Erhebliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Verwaltung, Soziales und Pflege durch die Zusammenarbeit von öffentlicher und freier Wohlfahrt
- Dringendes Handeln der Stadtspitze: Herbeiführung eines Paradigmenwechsels von weniger Kontrolle zu mehr Vertrauen in der Zusammenarbeit von freien Trägern und Verwaltung; Entbürokratisierung und vereinfachte Kommunikation in den Abläufen zwischen Verwaltung sowie freien Trägern und Bürger:innen.
- Gemeinsames Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der aktuellen Herausforderungen beim Personalmangel.